

Bernhard Sander 10.5.2010

Etappenziel erreicht

In Nordrhein-Westfalen sind die Etappenziele erreicht: Schwarz-gelb ist abgewählt, für schwarz-grün reicht es nicht und DIE LINKE ist im Landtag vertreten. Neben der landespolitisch falschen Orientierung auf eine Politik der ruhigen Hand in der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Widerspruch zur behaupteten aktiven Rolle des Staates spielte für die Abwahl der CDU-FDP-Regierung vor allem Bundespolitisches eine Rolle, nämlich der brutale Klientelismus der FDP ("Mövenpicker") und der Verlust der Erklärungshoheit der Merkel-Regierung in der Frage, warum das "Griechenland-Paket" notwendig ist. Es fehlt an einer begründeten Hoffnung, dass das Gemeinwesen und die eigenen Lebensumstände verschont bleiben, wenn es an die Reduzierung der immensen Verschuldung bei der Deutschen Bank und anderen Instituten geht, die die Merkel-Regierung übernommen hat, um mittels der kreditfinanzierten Besicherung maroder griechischer Staatsanleihen den deutschen und französischen Banken und ihren Anlegern die Zinsen zu garantieren. Letztlich weiß auch die SPD noch gar nicht, wohin sie ihre Lernprozesse volkswirtschaftlich führen werden, als sie den Rettungsmaßnahmen für den Euro (vielleicht auch nur aus wahltaktischem Instinkt) nicht zustimmte. Da aber auch DIE LINKE noch keine Hegemonie in dieser Frage hat, konnte das rechtsradikale Lager in NRW trotz sinkender Wahlbeteiligung seine absolute Stimmenzahl ausbauen. NPD und "Republikaner" sammelten bei den Bundestagswahlen in NRW 88 bzw. 30 Tsd. Stimmen ein; bei den Landtagswahlen wurden es jetzt 56 bzw. 23 Tausend sowie weitere 107 Tsd. für Pro NRW.

Die scheinbare Wahlsiegerin SPD hat den prozentualen Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl zwar deutlich (von 28,5 auf 34,5 %) steigern können, doch tritt sie in absoluten Stimmen auf der Stelle (2,675 Mio.) Bei der Abwahl der rot-grünen Regierung Steinbrück in Düsseldorf konnte die SPD immer noch über 3 Mio. Stimmen einfahren, entsprechend sank im direkten Vergleich der beiden Landtagswahlen der Anteil von 37,1 auf 34,5 %. Sie hat also noch eine Menge an Vertrauensverlust zu überwinden und konnte ihr Ziel, die LINKE aus dem Landtag herauszuhalten, nicht erreichen. DIE LINKE wiederum konnte von ihren 790 Tsd. bei der Bundestagswahl im letzten Herbst nur 435 Tsd. Wählerinnen halten. Dieser Verlust von 45% der Stimmen ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: bei den Arbeitern erreichte sie nur 11% und bei den Arbeitslosen nur noch 16%. Die Wahlkampfthemen und die Wahlkampfführung waren zuwenig auf die Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit fokussiert. Das Plakatthema "Bildung - gebührenfrei" war nur für 23% der Wählerinnen der Linken entscheidend bei der Stimmabgabe, die soziale Gerechtigkeit bei 55% und für fast 80% der Neuwähler die Verweigerung der Griechenlandkredite durch die Bundestags-

fraktion. Auf der Haben-Seite kann die LINKE in NRW verbuchen, dass die Verankerung in der Fläche immer breiter wird, sich die Stimmenanteile in den ländlichen Gebieten dem Landesdurchschnitt annähern und die Stimmzahl um ein Viertel über der letztjährigen Kommunalwahl liegen. DIE LINKE schnitt vor allem dort gut ab, wo sie bereits vor dem Landtagswahlkampf die Finanznot der Kommunen thematisieren konnte und bis in die Tiefe der Zivilgesellschaft den latenten Widerstand gegen die Zerstörung der sozialen, kulturellen und Freizeit-Infrastruktur unterstützen konnte: Duisburg mit rot-rot-grünen Kooperationsvereinbarungen, Wuppertal in der Verbindung von Stadtratsarbeit und offiziellen Verbandsstrukturen und außerparlamentarischem Protest, Dortmund passiv durch den Wahlbetrug der SPD-Seilschaften). Hier fielen die Verluste relativ geringer aus als in den früheren Hochburgen Gelsenkirchen, Recklinghausen, Oberhausen, Herne usw. Der mit viel Geld geführte "Frauenwahlkampf" hat keine Erhöhung des unterdurchschnittlichen Stimmenanteils in dieser Gruppe gebracht (4%).

Im liberalen Lager stellt sich die Lage für die FDP dramatisch dar. Hatte sie noch bei der Bundestagswahl 1,394 Mio. Stimmen sammeln können, sackte sie nun auf 0,522 Mio. ab (sie hatte selbst bei den Europa- und Kommunalwahlen jeweils rund 150 Tsd. Stimmen mehr). Das entspricht einem Stimmenanteil von 6,7% und damit fast genau dem Ergebnis vor 5 Jahren. Der relative Anteil der Grünen stagnierte bei 12,1% und auch absolut konnten sie gegenüber der Bundestagswahl nichts hinzugewinnen. Die Piraten haben absolut etwa ein Fünftel ihrer Stimmen gegenüber der Bundestagswahl verloren, stellen aber mit 1,5% immernoch ein gewisses Protestpotential innerhalb dieses Lagers dar.

Grandios fiel die Niederlage für die CDU aus, die bei 2,681 Mio. Stimmen zu liegen kam, wo sie wo sie bei den vorherigen Landtagswahlen 3,696 Mio. Stimmen zusammenbekam. Dieser Absturz im Stimmenanteil von 44,8 auf 28,5 % rauschte noch an dem Ergebnis der Bundestagswahl vorbei, wo sie in NRW noch auf 33,1 % gekommen war. Sie hat also 2010 mehr verloren, als sie 2005 gewonnen hatte. Ein Drittel der verlorenen Wähler protestierte durch Verweigerung der Stimmabgabe, ein Teil wechselte zur SPD (vermutlich die "Johannes-Rau-Wähler" des aufstiegsorientierten, gut qualifizierten Milieus) Nachdem die ideologisch auf dem Grundsatz "Privat vor Staat" gegründete Regierungspraxis in NRW bereits in den ersten zwei Jahren der CDU-FDP-Koalition reißbrett-gemäß die Landesstrukturen zu zerstören begonnen hatte, war der Ministerpräsident mit einsetzender Krise rhetorisch von der hard-core-Variante des Neoliberalismus abgewichen und forderte Korrekturen an der Sozialgesetzbüchern der Schröder-Fischer-Regierung. Dadurch sollte vor allem den Vollzeitbeschäftigten mit geringem Arbeitsmarktrisiko die Angst vor dem finanziellen Abstieg im höheren Lebensalter (Lebensleistung oberhalb der Grundsicherung anerkennen") oder im Falle von Arbeitslosigkeit ("Schonvermögen") genommen werden. Aber es war deutlich, dass dies keine Angebote gegen die zunehmende Präkarisierung von Arbeitsverhältnissen und für die Menschen, die unter diesen Verhältnissen Arbeitsplätze haben, sein konnte. DIE LINKE plakatierte zwar " Hartz IV abwählen" und träumte im Wahlprogramm von der 30 Std.-Woche, konnte aber der bedrohten Arbeitnehmermitte keine praktikablen Angebote zur Eindämmung dieser Prozesse machen (außer dem Verbot der Leiharbeit und einem Vergabegesetz mit sozialen und ökologischen Mindeststandards). Nachdem

als Lockerungsübung in Europas größtem Verkehrsverbund ein Sozialticket zwischen Grünen und CDU verabredet worden war, schien DIE LINKE auch keinen Trumpf mehr im Ärmel zu haben, um den ausgegrenzten Einkommensschwachen eine landespolitisch relevante Wohltat bieten zu können.

Vor allem in der Bildungspolitik der Landesregierung ist deutlich geworden, dass der Appell an den Leistungswillen als dem Grund für gesichertes Einkommen und soziale Aufwärtsmobilität durch die faktische Abschottung wirkungslos geworden war: Die Studiengebühren verringerten den Anteil der Geburtsjahrgänge, die zur Uni gehen wollen. Das Turbo-Abitur verstärkt den Druck, mehr finanzielle Mittel im Haushalt für Nachhilfe usw. zu mobilisieren. Das sogenannte Kinderbildungsgesetz knüpft den Zugang zur Kinderbetreuung an die finanziellen Spielräume der Eltern. Dieses Thema war für 78% mitentscheidend für ihre Wahl und hier hatte die regierende CDU keinen Kompetenzvorsprung vor der SPD.

Die Landesregierung verzichtete mit Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf aktive Industriepolitik und unternahm bis auf die Bereitstellung von Bürgschaften nichts, um die Arbeitsplatzverluste zu bekämpfen oder zu kompensieren. In der Energiepolitik trug sie die Politik der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der AKW mit und versuchte nur durch die Forcierung von fossilen Großkraftwerken eine Sicherung der Konkurrenzposition der landesansässigen Energiekonzerne. Die Grünen konnten deshalb aus der Landespolitik auch ein Plebiszit über die Atompolitik machen, während die LINKE sich mit ihrer ideologisch begründeten Plakatierung "RWE und E.ON entmachten" ins abseits verrannten, da große Teile der Einwohner des Landes mit diesen Konzernen höchstens indirekt etwas zu tun haben. Die Verstaatlichungsphantasien des Landtagswahlprogramms hätten - auf dem Bankensektor angewandt - vermutlich eher genutzt. Die Beschlusslage in der Partei wäre vorhanden, die gedankliche Durchdringung und Argumentationsfähigkeit der wahlkämpfenden Aktivisten wäre erst noch zu entwickeln.

Schwarz-gelb geht nicht mehr, und weder rot-grün noch schwarz-grün gehen in Zukunft. Allerdings sind die Überhangmandate bisher noch nicht ausgerechnet. Im Hinblick auf die nun beginnenden Koalitionssondierungen hatte der DGB mit allen Einzelgewerkschaften intensiv für die Ablösung von schwarz-gelb im Hintergrund gewerkelt. Ein möglicher Einstieg der SPD unter einem CDU-Ministerpräsidenten (der 6000 Stimmen mehr hätte), würde allerdings erhebliche Spannungen in die SPD tragen, da viele sich unter dem Eindruck der gewerkschaftlichen Lobbyarbeit auf ein rot-rot-grün eingestellt haben. Vor allem die auch in der SPD mächtige verdi hätte hinsichtlich einer Reform des Mitbestimmungsrechts, der Arbeitsbelastung von Erzieherinnen durch die Personalschlüssel des KiBiZ, die Einschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen und kommunalen Unternehmen und einige andere Dinge von einer CDU-Regierungsbeteiligung nichts gutes zu erwarten im Hinblick auf die Revision der Rüttgers-Gesetze. Das Spiel wird also vermutlich darauf hinaus laufen, der LINKEN den schwarzen Peter zuzuschieben für den Fall, dass die Koalition nicht zustande kommt. Zwar wünschen drei Viertel der Anhänger der Linken sich eine solche Konstellation, jedoch ist sie landesweit bei weniger als einem Fünftel beliebt. Eine Rot-rot-grüne Koalition (geschweige denn Tolerierung) hätte zwar eine komfortable parlamentarische Mehrheit (67-23-11 von 181), sie wäre aber eine Regierung ohne Hegemonie und damit ohne Spielräume für revolutionäre wünsch-dir-was-Poesiealben.